

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder (17. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/6492 –**

Verlässliche Perspektiven für Ostdeutschland und auch für die westdeutschen Steuerzahlenden sichern

A. Problem

Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion driftet die wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland besorgniserregend auseinander. Insbesondere seit dem Abbruch des wirtschaftlichen Aufholprozesses in den neuen Ländern in den Jahren 1995/1996 werde eine sich vergrößernde wirtschaftliche Kluft zwischen Ost und West verzeichnet. Diese Situation erfordere den konzentrierten Einsatz öffentlicher Gelder auf Schwerpunkte, von denen Initialzündungen für die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung ausgehen können. Eine derartige Perspektive liege auch im Interesse der westdeutschen Steuerzahler.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der FDP gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/6492 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Werner Kuhn
Vorsitzender

Sabine Kaspereit
Berichterstatterin

Günter Nooke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Kaspereit und Günter Nooke

I. Verfahrensablauf

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6492 wurde dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juli 2001 zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Finanzausschuss und dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Inhalt der Vorlage

Mit ihrem Antrag auf Drucksache 14/6492 fordert die Fraktion der PDS die Bundesregierung auf, bis zum Inkrafttreten des Länderfinanzausgleichs und des Solidarpakts II im Jahr 2005 ein finanziell abgesichertes Wirtschaftsprogramm vorzulegen. Dadurch solle das weitere wirtschaftliche Auseinanderdriften zwischen Ost- und Westdeutschland mit den damit verbundenen sozialen Folgen verhindert und das Tempo des Aufholprozesses wieder beschleunigt werden.

Das Wirtschaftsprogramm soll ein Konzept für eine Innovations-, Investitions- und Gründungsoffensive im Osten, ein Aktionsbündnis Ost für Arbeit, Aufträge und Unternehmensansiedlung, eine Wiederauflage der kommunalen Investitionszuschüsse und die Sicherung des Beitrags der ostdeutschen Landwirtschaft zur Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe enthalten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6492 in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6492 in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6492 in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6492 in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6492 in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/6492 in seiner Sitzung am 18. Oktober 2001 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Ausschussempfehlung

Der federführende **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag auf Drucksache 14/6492 in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001 erstmals beraten. Die abschließende Beratung hat in der Ausschusssitzung am 13. März 2002 stattgefunden.

Der Ausschuss hat mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der FDP gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/6492 zu empfehlen.

Berlin, den 13. März 2002

Sabine Kaspereit
Berichterstatlerin

Günter Nooke
Berichterstatler

